

Herr Gleß betonte einleitend:

Es sei immer Bestandteil der Städtebaulichen Entwürfe gewesen, dass man, um das Plangebiet zu erschließen, die Allee zwangsläufig an einer Stelle queren müsse. Für die Verwaltung sei klar, dass man im Rahmen einer tiefbautechnischen Planung möglichst minimalinvasiv vorgehen werde, um den Baumbestand möglichst weitgehend zu schützen. Man werde den Durchstich auf das erforderliche Maß reduzieren. Dies sei mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt.

Das erklärte Ziel von Verwaltung und Politik, möglichst inmitten des Plangebietes stehende Gewässer zu realisieren, werde im Rahmen des beauftragten wasserwirtschaftlichen Gutachtens mitbetrachtet. Das Gutachten befinde sich noch in Arbeit.

Auf Nachfrage von Herrn Schütze erklärte Herr Gleß, dass die Verwaltung entgegen ihrer Aussagen in der Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion (DS-Nr. 22/0341) beabsichtige, ein Klimagutachten in Auftrag zu geben. Zu den Kosten und der Bearbeitungsdauer sowie der damit einhergehenden zeitlichen Verzögerung des Bebauungsplanverfahrens könne er noch keine Aussage treffen.

Herr Pätzold erläuterte, welche Punkte den GRÜNEN im weiteren Bearbeitungsverlauf besonders wichtig seien:

Die Versickerung des Niederschlagswassers müsse im Plangebiet gewährleistet werden.

Der Baumbestand der Allee müsse auch während der Bauphase geschützt werden.

Es müsse geprüft werden, ob das Parkhaus in dieser Größenordnung erforderlich sei.

Herr Knülle schilderte, dass seinem Eindruck nach die Verwaltung auf höchster Ebene zu Beginn des Projekts in der Kommunikation mit allen Akteuren sehr engagiert gewesen sei. Es habe u.a. einen Letter of Intent gegeben. Mittlerweile habe er das Gefühl, dass der Austausch nicht mehr so fruchtbar wie zu Beginn sei. Er fragte, was die Verwaltung beabsichtige zu tun bzw. kommunikativ auf den Weg zu bringen, um Klagen gegen den Bebauungsplan bestmöglich entgegenzuwirken. Schließlich könne eine einzige Klage wegen brütender Kiebitze das Projekt um zwei Jahre nach hinten werfen.

Herr Gleß sagte, er wolle den Wortbeitrag als Appell verstehen und werde auch den Bürgermeister darüber informieren.

Der Ausschuss fasste folgenden Beschluss: